

Infratest dimap



Februar 2000

Eine Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag von ARD / Bericht aus Berlin und 9 Tageszeitungen

DeutschlandTREND Februar 2000

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag von ARD / „bericht aus berlin“ und 9 Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

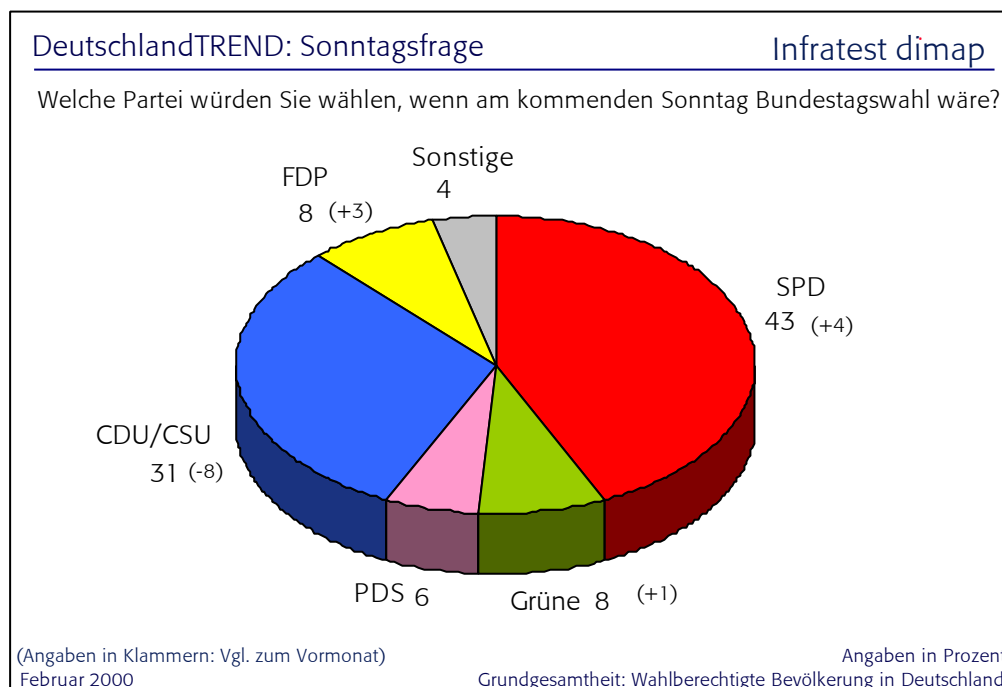
Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe:	Zufallsauswahl / Randomstichprobe
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl:	1.300 Befragte (900 West, 400 Ost)
Erhebungszeitraum:	27.01. – 01.02.2000
Fehlertoleranz:	1,2* bis 2,7** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5% ** bei einem Anteilswert von 50%
Durchführendes Institut:	Infratest dimap
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer ☎ 030/533 22 - 110 Reinhard Schlinkert ☎ 0228/94 31 - 413

Der Beginn des neuen Jahres wird politisch von zwei gegenläufigen Entwicklungen beherrscht: während die Bundesregierung wieder deutlich an Zustimmung in der Bevölkerung gewinnt, gerät die CDU immer tiefer in den Strudel ihrer Spenden- und Finanzaffäre. Die Mandatsrückgabe von Ex-Innenminister Kanther, der Rücktritt von Altbundeskanzler Kohl als Ehrenvorsitzender der CDU und Schäubles Geständnis, selbst eine Barspende des Waffenhändlers Schreiber entgegengenommen zu haben, markieren die Höhepunkte, aber noch nicht das Ende dieser Affären. Immer mehr Bürger entziehen der CDU und dem CDU-Chef Schäuble ihr Vertrauen, immer lauter werden die Forderungen nach einem vollständigen Rückzug Kohls aus der aktuellen Politik und nach einer personellen Erneuerung der Parteispitze. In der Wählergunst fällt die Union in ein tiefes Loch, aus dem sich die SPD gerade befreit hat.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des aktuellen DeutschlandTREND, den Infratest dimap im Auftrag der ARD/bericht aus Berlin und von neun Tageszeitungen durchgeführt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden zwischen dem 27. Januar und dem 1. Februar 1300 Wahlberechtigte befragt.

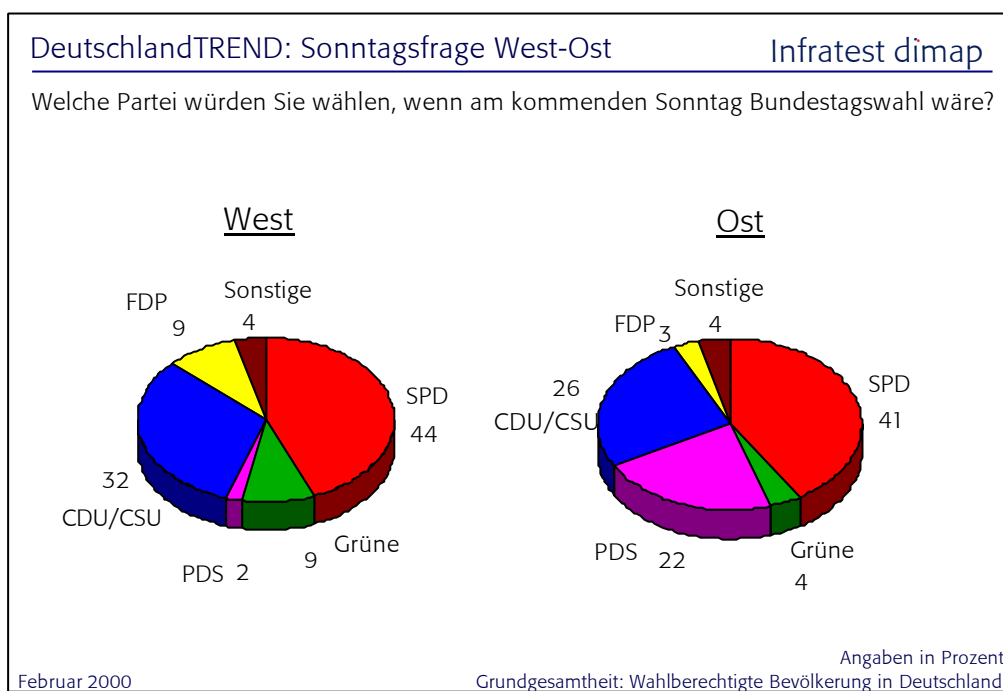
Union in einer Glaubwürdigkeitskrise

Die unvermindert anhaltende Krise der CDU hat zu einer völligen Umkehrung der politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland geführt. Wäre heute Bundestagswahl, käme die CDU/CSU nur noch auf 31 Prozent der Stimmen und würde damit noch deutlich hinter das Ergebnis der letzten Bundestagswahl, das weitaus schlechteste in ihrer Geschichte, zurückfallen. Im Dezember, als die Spendenaffäre ihren Anfang nahm, lag sie noch bei 47 Prozent, sie hat binnen zweier Monate 16 Prozentpunkte verloren. Ebenso bemerkenswert wie der Absturz der CDU ist das Wiedererstarken der SPD, die im Februar mit 43 Prozent der Stimmen rechnen könnte, noch einmal 4 Prozentpunkte mehr als im Vormonat. Die regierenden Sozialdemokraten sind damit wieder klar stärkste politische Kraft im Lande.



Deutlich zulegen würde auch die FDP, die mit einem Stimmenanteil von 8 Prozent (+ 3) gleichauf mit den Grünen (+ 1) drittstärkste Partei wäre. Die PDS bliebe stabil bei 6 Prozent, auf die übrigen Parteien entfielen zusammen 4 Prozent. Die Krise der CDU hat demnach bislang zu keinem Erstarken der Parteien auf dem rechten oder linken Rand des Parteienspektrums geführt. Anders als im Vormonat, als einzig die SPD vom Niedergang der CDU profitierte, verzeichnen nun auch die Liberalen einen verstärkten Wählerzuspruch. Insgesamt geht aber das bürgerliche Lager erheblich geschwächt aus der CDU-Spendenkrise hervor, während rot-grün wieder über eine komfortable Mehrheit verfügen würde.

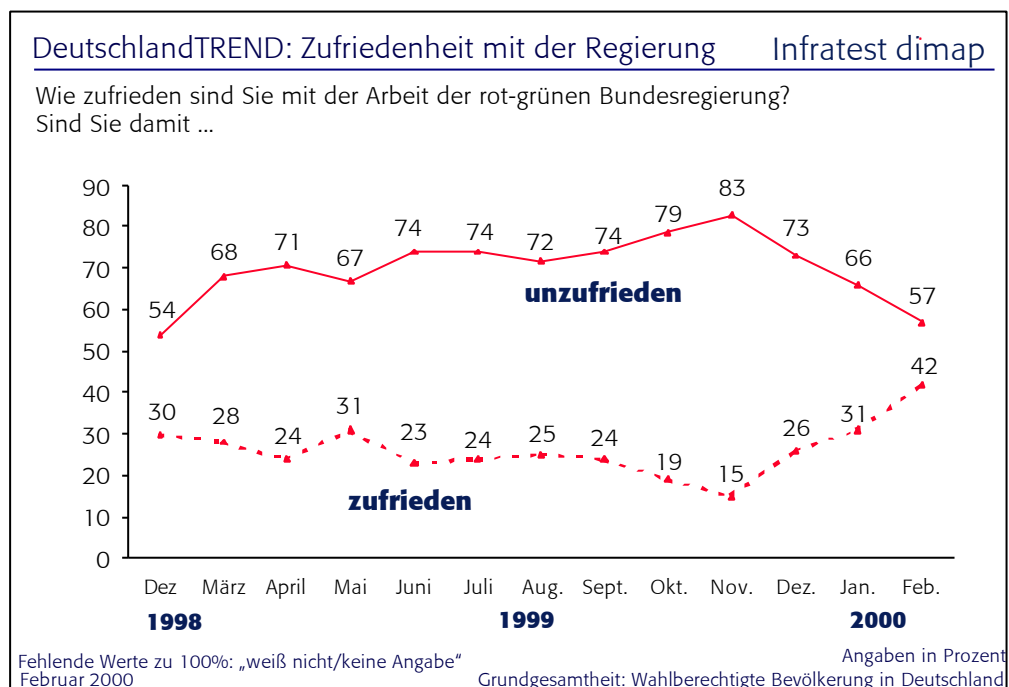
Die politische Entwicklung verläuft in den alten und in den neuen Bundesländern deckungsgleich. Die SPD legt in Ost- und West gleichermaßen zu und ist jeweils stärkste Partei vor der CDU. FDP und Grüne verzeichnen allerdings deutliche Gewinne nur im Westen. Als einzige stabile politische Kraft in dem Auf und Ab der letzten Monate hat sich die PDS erwiesen, die im Osten durchweg über 20 Prozent liegt, im Westen allerdings mit Anteilen zwischen einem und zwei Prozent über den Status einer Splitterpartei nicht hinaus kommt.



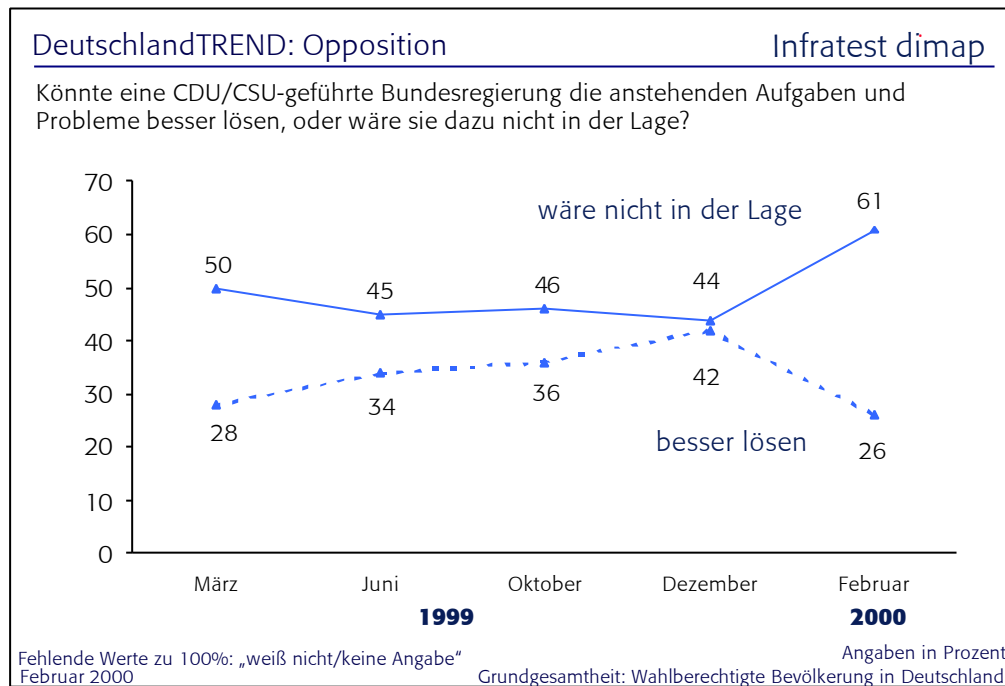
Die Ergebnisse geben die aktuelle politische Stimmung in Deutschland wieder, die derzeit instabil wie selten zuvor ist. Rückschlüsse auf das tatsächliche Wahlverhalten sind auch deshalb nur bedingt möglich, da bei einer konkreten Wahlentscheidung neben der aktuellen Bewertung der Parteien stärker die politische Grundhaltung sowie taktische Überlegungen zum Tragen kommen.

Bundesregierung im Aufschwung

Der Stimmenzuwachs von SPD und Grünen spiegelt eine veränderte Wahrnehmung der Bundesregierung wider. Über ihre Arbeit äußern sich im Februar 42 Prozent sehr (2 Prozent) bzw. ziemlich zufrieden (40 Prozent), 11 Prozentpunkte mehr als im Vormonat. Nach wie vor überwiegen aber die kritischen Stimmen, denn 42 Prozent sind mit der Politik der rot-grünen Koalition weniger zufrieden, 15 Prozent sind ausgesprochen unzufrieden damit. Das Wiedererstarken der beiden Regierungsparteien rührt vor allem daher, daß im eigenen Lager die positiven Stimmen wieder klar überwiegen. Aber auch in den Reihen der Oppositionsanhänger wird die Kritik deutlich verhaltener vorgebracht als noch vor zwei Monaten.



Auch hier profitiert die Bundesregierung derzeit von der Schwäche der CDU, der nur noch 26 Prozent (- 16) zutrauen, mit den anstehenden Aufgaben und Problemen besser fertig zu werden als die amtierende Bundesregierung. Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent verneint dies (+ 17). Selbst zwei von drei FDP-Anhängern würden derzeit nicht auf die Union setzen wollen.



Die CDU hat in den letzten beiden Monaten nicht nur erheblich an politischem Vertrauen verloren, in ihrem momentanen Zustand wird ihr auch kaum mehr zugetraut, politisch etwas zu bewegen. In allen zentralen Politikbereichen hat sie nach Ansicht der Wähler erheblich an Kompetenz eingebüßt: in der Wirtschaftspolitik (- 13), der Steuerpolitik (- 13), der Arbeitsmarktpolitik (- 12) und in der Gesundheitspolitik (- 9). In all diesen Bereichen ist sie wieder hinter die SPD zurückgefallen. Die Entschuldung des Landes und die Sicherung von sozialer Gerechtigkeit wurde schon vorher eher der SPD als der Union zugetraut. Im Dezember lag sie noch in sechs von neun Bereichen zumeist deutlich vor der SPD, mittlerweile wird ihr nirgends mehr ein Kompetenzvorsprung zugeschrieben. Selbst in ihrer bislang absolut unstrittigen Domäne, der Bekämpfung von Kriminalität, liegt sie nur noch gleichauf mit der SPD (33:32). Insgesamt setzen die Bürger bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme wieder – wie bei der Bundestagswahl 98 – mehrheitlich auf die SPD und weniger auf die Union – bei den Wahlen im vergangenen Jahr war es genau umgekehrt.

DeutschlandTREND: Parteikompetenz

Infratest dimap

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?

	SPD	CDU/CSU	
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	45 (+14)	24 (-12)	
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	32 (+12)	33 (-12)	
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	39 (+14)	38 (-13)	
Verschuldung des Landes abbauen	46 (+9)	20 (-7)	
Gute Umweltpolitik betreiben	22 (+7)	13 (-7)	Grüne 47 (+3)
Gute Steuerpolitik betreiben	43 (+17)	24 (-13)	
Gute Gesundheitspolitik betreiben	36 (+11)	25 (-9)	
<u>Für soziale Gerechtigkeit sorgen</u>	49 (+8)	17 (-12)	
Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	38 (+14)	23 (-14)	

kompetenteste Partei **fett** gedruckt

(Angaben in Klammern: Vgl. zum Dezember 1999,
n.e. = im Vergleichsmonat nicht erhoben)
Februar 2000

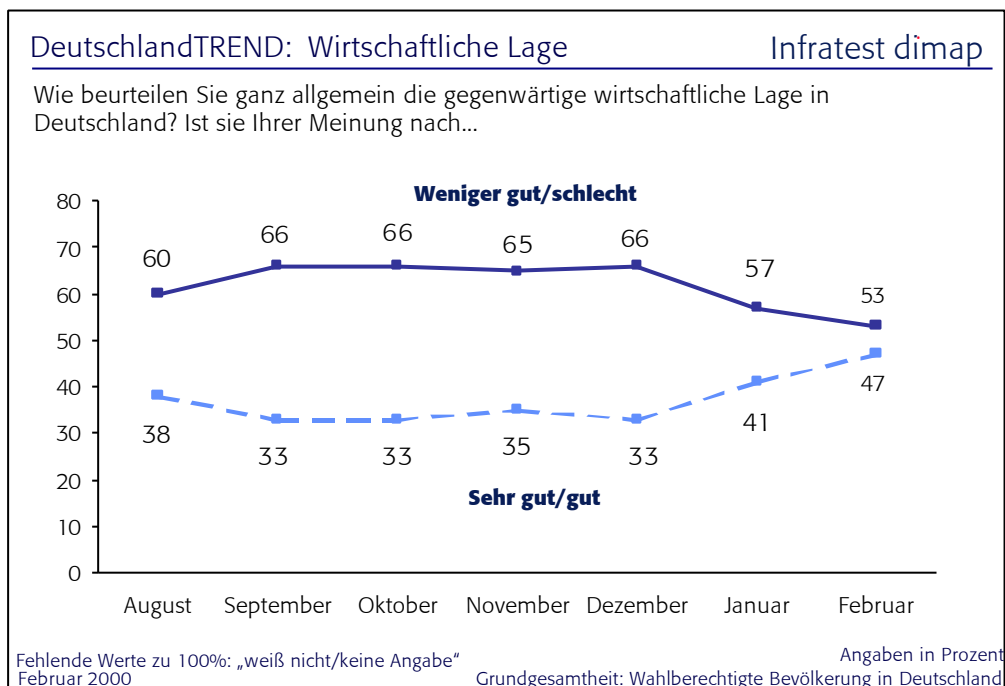
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

In dem Maße wie das Vertrauen in die CDU/CSU geschwunden ist, wird der SPD politisch wieder deutlich mehr zugetraut als noch vor Jahresfrist. Dieser gegenläufige Prozeß dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die Krise der CDU nicht in eine Krise der Parteien insgesamt mündete. Der Anteil der Wähler, die keiner Partei die Lösung der vordringlichen Probleme zutrauen, ist jedenfalls konstant niedrig geblieben.

Für die Stabilität der rot-grünen Koalition dürfte ein weiteres Ergebnis nicht unerheblich sein: zunehmend gewinnen auch die Grünen innerhalb der Regierung (wieder) an Profil. In der Umweltpolitik gelten sie nach wie vor als allen anderen Parteien überlegen. Vor allem die Zweifel in den Reihen der eigenen Anhänger scheinen zumindest vorerst verflogen zu sein: 95 Prozent von ihnen trauen die Lösung der Umweltprobleme am ehesten den Grünen zu, jeder zweite hält die eigene Partei auch am ehesten in der Lage, die Herausforderungen in der Gesundheits- bzw. in der Sozialpolitik zu bewältigen.

Wirtschaftsaufschwung in Sicht

Der Stimmungsumschwung zugunsten der Bundesregierung wird begleitet von einer – aus Sicht der Befragten - anhaltenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Knapp jeder Zweite bewertet die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv (+ 6), nur noch 53 Prozent erachten die Situation für weniger gut (41 Prozent) bzw. für ausgesprochen schlecht (12 Prozent).

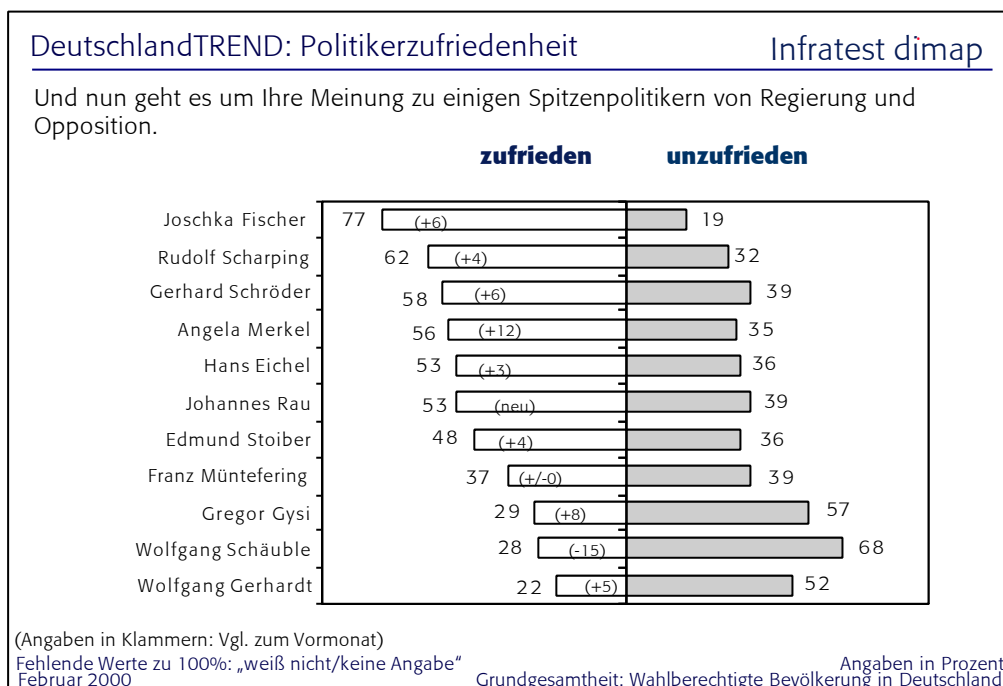


Die wirtschaftliche Entwicklung wird allerdings in Ost und West diametral entgegengesetzt wahrgenommen. Während in den alten Bundesländern eine knappe Mehrheit die Lage mittlerweile positiv einschätzt (51 Prozent/+ 8), hat sich in Ostdeutschland die insgesamt pessimistische Einschätzung der Lage (70 Prozent) eher noch verstärkt (+ 7).

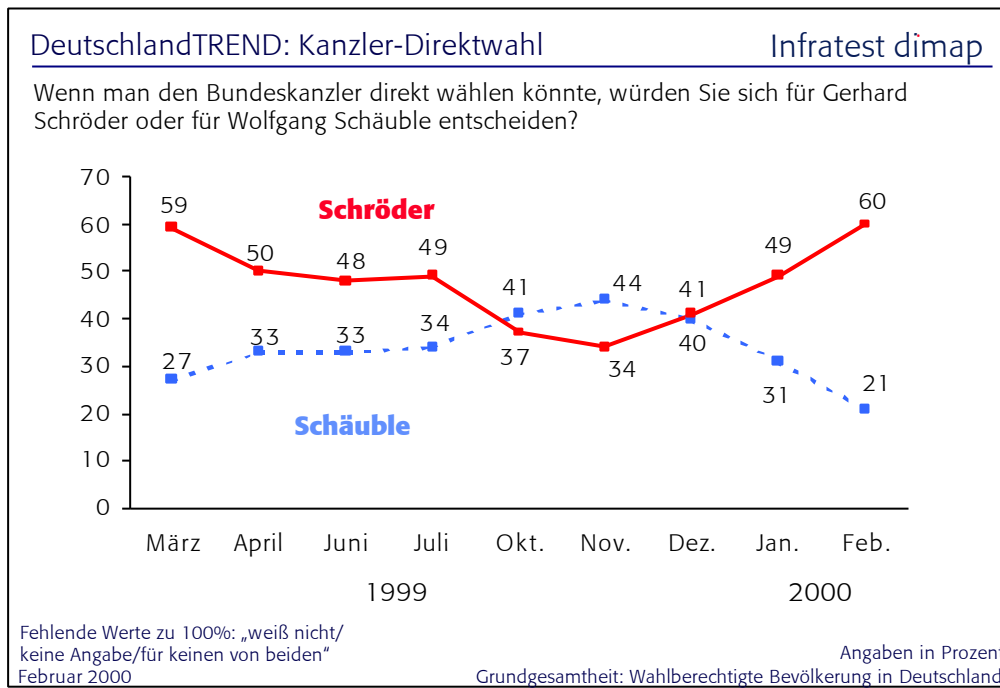
Schäuble verliert massiv an Vertrauen

Das gestiegene Ansehen der Bundesregierung spiegelt sich auch in der Beurteilung ihrer Spitzenpolitiker wider. Nach wie vor unangefochten an der Spitze liegt Außenminister Fischer, mit dessen Arbeit 77 Prozent der Bundesbürger zufrieden sind (+ 6), und sogar 96 Prozent der Anhänger der Grünen. An zweiter Stelle liegt wiederum Verteidigungsminister Scharping mit 62 Prozent (+ 4), gefolgt von Kanzler Schröder, mit dessen Leistungen die Deutschen 58 Prozent zufrieden – die bislang beste Beurteilung in seiner Amtszeit. Stetig an Ansehen gewinnt auch Finanzminister Eichel, dessen (Spar-) Politik jetzt bei mehr als der Hälfte der Bürger auf Zustimmung stößt.

Den größten Sprung nach vorne schaffte allerdings eine Politikerin der Opposition. Mit der Arbeit von CDU-Generalsekretärin Merkel, der bei der Aufarbeitung der Spendenaffäre eine immer wichtigere Rolle zukommt, sind 56 Prozent der Deutschen zufrieden (+ 12). Durch ihr Auftreten in den letzten Wochen hat sie sich weit über die eigene Anhängerschaft Respekt verschafft. Sie wird zur Zeit sogar besser bewertet als CSU-Chef Stoiber (48 Prozent/+ 4), der allerdings in den Reihen der Unionsanhänger vorne liegt (78:73). Beide Politiker gehen bislang offenbar eher gestärkt aus der CDU-Krise hervor. Das Gegenteil ist bei CDU-Chef Schäuble der Fall, der in der Wählergunst regelrecht abstürzte: nur noch 28 Prozent schätzen seine Arbeit (- 15). Im Dezember, als die Krise ihn noch nicht erreicht hat, waren es noch 54 Prozent. Selbst in den eigenen Reihen ist er umstritten: 53 Prozent äußern sich positiv, 45 Prozent kritisch über ihn. Im Urteil der Gesamtbevölkerung ist er im Februar hinter Gregor Gysi zurückgefallen (29 Prozent/+ 8) und rangiert nur noch knapp vor FDP-Chef Gerhardt (22 Prozent/+ 5).

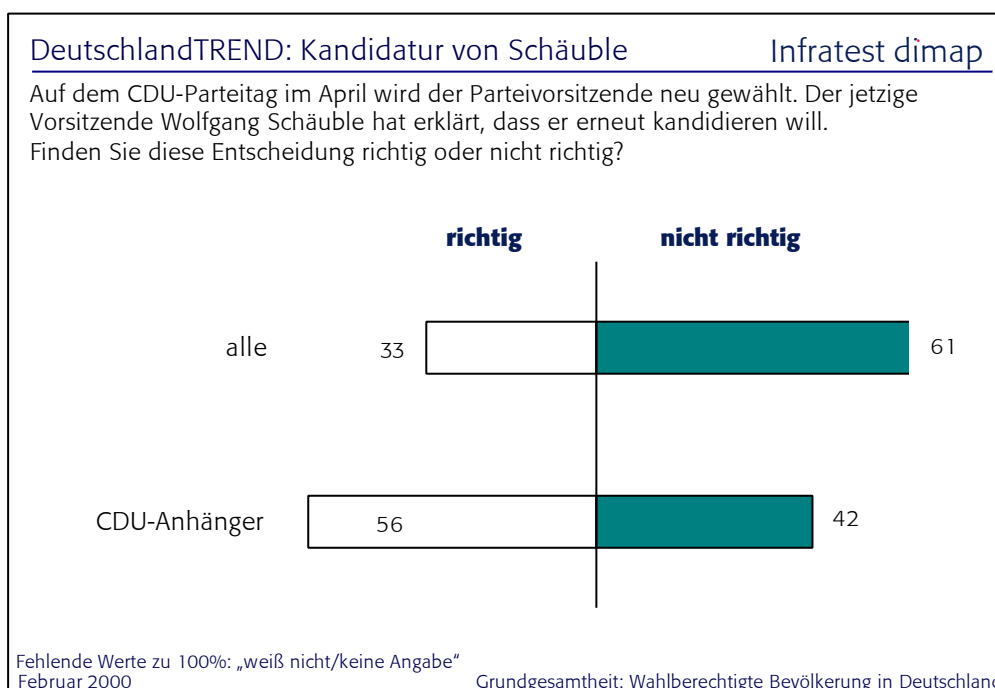


Auch der direkte Vergleich mit Schröder fällt heute klar zu Ungunsten des Oppositionsführers aus: könnte man den Kanzler direkt wählen, erhielte Schröder 60 Prozent, für Schäuble würden sich nur noch 21 Prozent entscheiden (- 10). Hieß der Herausforderer Edmund Stoiber, läge Schröder zwar ebenfalls klar vorne, der Abstand betrüge jedoch nur 19 Prozentpunkte (54:35).

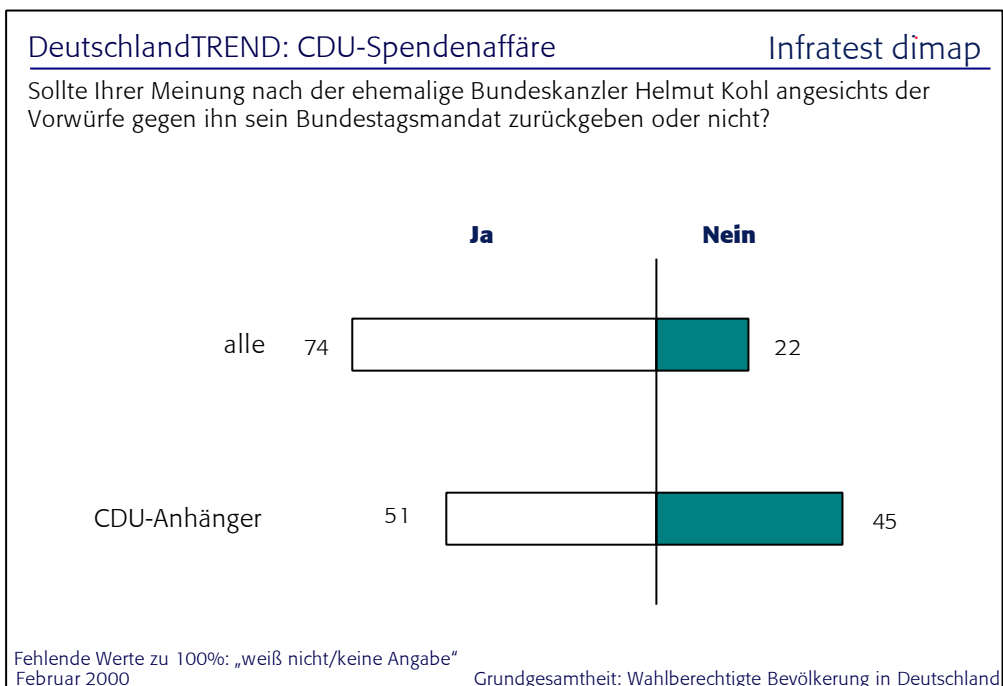


CDU-Finanzaffäre: Forderung nach personeller Erneuerung

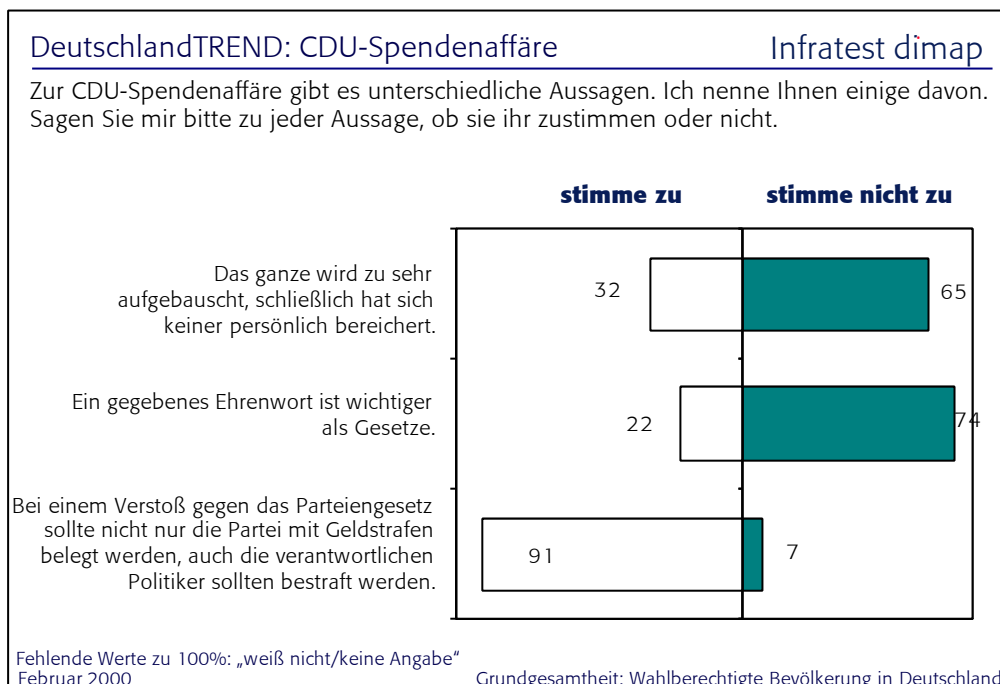
Die Spendenaffäre der CDU geht bereits in den vierten Monat, ein Ende ist immer noch nicht abzusehen. Angesichts des massiven Vertrauensverlustes gegenüber der CDU wird in den Reihen der CDU immer wieder der Ruf nach einer personellen Erneuerung laut. Diese Forderung deckt sich mit dem Stimmungsbild der Bevölkerung. Die Ankündigung Schäubles, auf dem kommenden CDU-Parteitag im April wieder für den Vorsitz kandidieren zu wollen, trifft auf weitverbreitetes Unverständnis: nur 33 Prozent finden diesen Beschluß Schäubles richtig, 61 Prozent finden ihn nicht richtig. Noch eindeutiger ist das Meinungsbild zu Altkanzler Helmut Kohl. Drei von vier Bundesbürgern sind der Meinung, aufgrund der gegen ihn erhobenen Vorwürfen solle er dem Beispiel Kanthers folgen und sein Bundestagsmandat zurückgeben. Auch bei den Ostdeutschen, die seine Leistungen bei der Vereinigung nach wie vor zu würdigen wissen, spricht sich eine Zwei-Drittel-Mehrheit für einen klaren Schnitt aus.



Auch bei den Unionsanhängern scheint sich mit anhaltender Dauer der Affäre der Wunsch nach einem personellen Neuanfang an der CDU-Spitze durchzusetzen. Eine neuerliche Kandidatur Schäubles würde nur noch von einer knappen Mehrheit (56 Prozent) begrüßt werden, immerhin 42 Prozent sprechen sich dagegen aus. Die Haltung gegenüber dem Ex-Vorsitzenden ist zwischenzeitlich auch im eigenen Lager gekippt, sein Rücktritt als Ehrenvorsitzender gilt vielen als nicht mehr ausreichend: eine knappe Mehrheit (51:45) fordert seinen völligen Rückzug aus der praktischen Politik. Noch Anfang Januar sprach sich eine klare Mehrheit der CDU-Anhänger gegen eine Distanzierung der Partei von ihrem langjährigen Vorsitzenden aus.

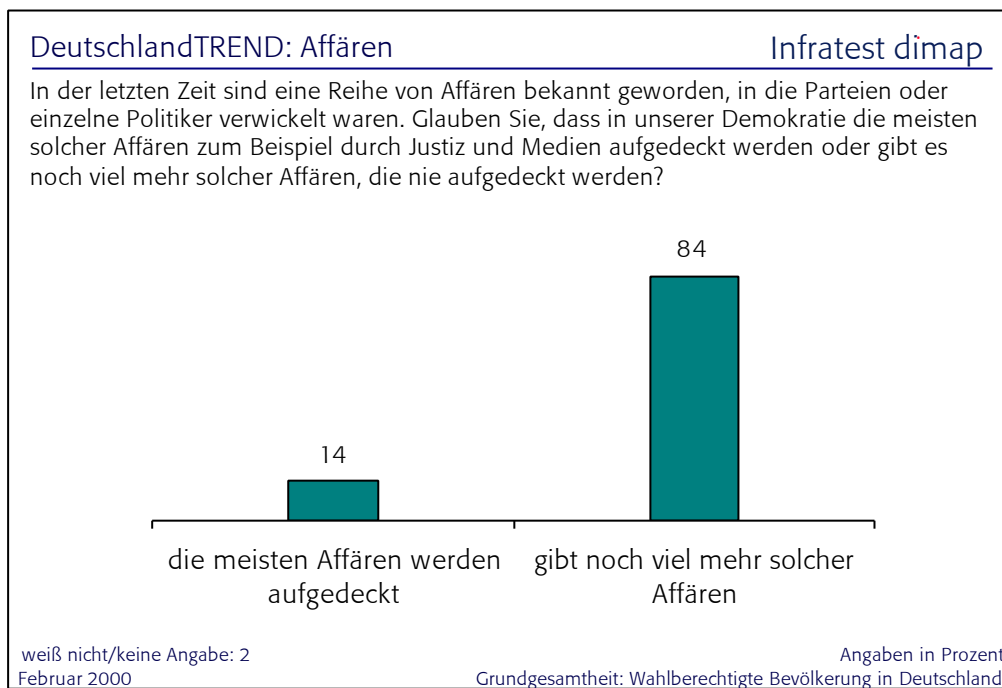


Kohls Begründungen für seine Weigerung, die Namen der Spender zu benennen, stößt größtenteils auf Ablehnung. Nur 22 Prozent halten wie Kohl ein gegebenes Ehrenwort für wichtiger als die Einhaltung von Recht und Gesetz, drei von vier Deutschen lehnen diese Haltung ab. Auch die Einschätzung des Altbundeskanzlers, um seine Verwicklung in die Spendenaffäre werde zu viel Aufgebau gemacht, schließlich habe er sich nicht persönlich bereichert, trifft auf Unverständnis. Nur ein Drittel teilt den Eindruck, das Ganze werde zu sehr aufgebauscht, zwei Drittel der Bundesbürger lehnen diese Einschätzung ab. Widerspruch wird vor allem bei jüngeren Wahlberechtigten und bei höher Gebildeten laut.

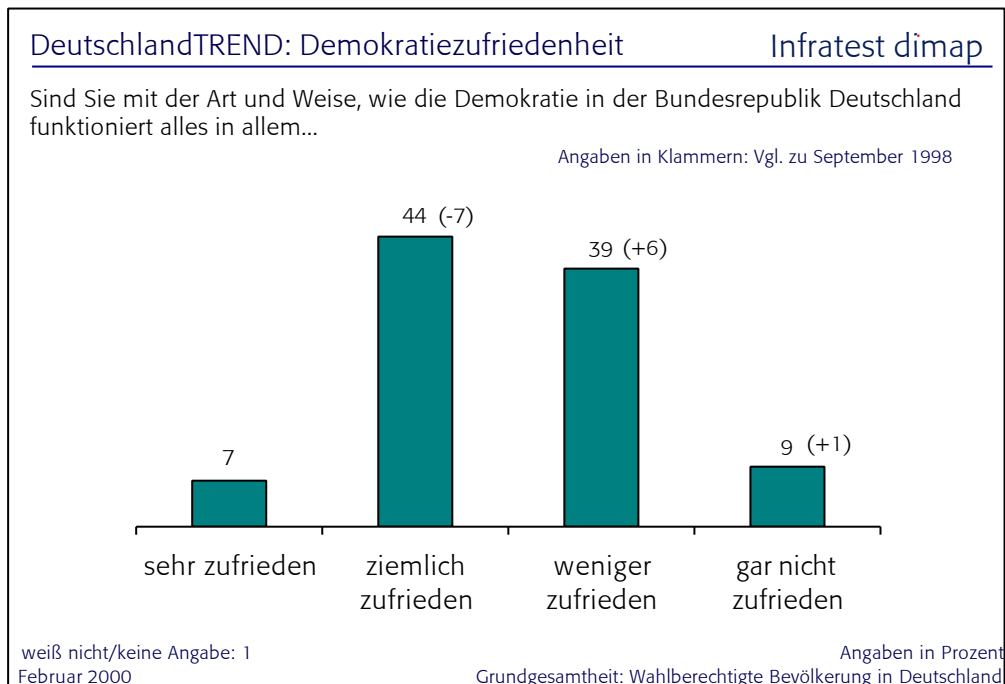


Immer lauter wird auch die Forderung, bei einem Verstoß gegen das Parteiengesetz die dafür Verantwortlichen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen und gegebenenfalls zu bestrafen. 91 Prozent der Bürger fordern eine entsprechende Ergänzung des Parteiengesetzes, darunter auch eine Drei-Viertel-Mehrheit der Unionsanhänger.

Im Hinblick auf die Aufdeckungsquote von politischen Affären sind die Bürger äußerst skeptisch. Ungeachtet – vielleicht auch gerade wegen – der Häufung der von Justiz, den Medien und zum Teil von der Politik selbst aufgedeckten Affären und den damit verbundenen Rücktritten geht die große Mehrheit der Bundesbürger von einer hohen Dunkelziffer aus: nur 14 Prozent sind zuversichtlich, daß sich derartige Affären dauerhaft nicht unter der Decke halten lassen, 84 Prozent gehen hingegen davon aus, daß es viel mehr Affären gibt, die nie aufgedeckt werden.

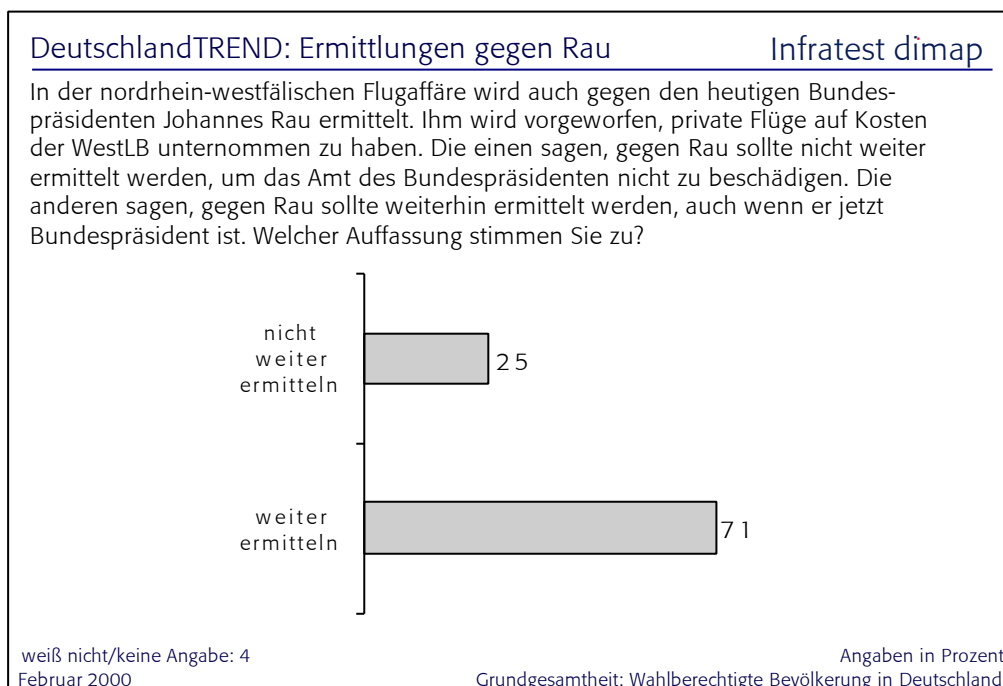


Das Mißtrauen gegenüber Politikern und Parteien nimmt zu. In einer aktuell für die ARD durchgeführten Umfrage von Infratest dimap gaben nur noch 17 Prozent der Bürger an, den Parteien zu vertrauen – Anfang Januar waren es noch 24 Prozent. Mit der Dauer und der Häufung von Affären droht auch die Demokratie insgesamt Schaden zu nehmen. Nur noch jeder zweite Wahlberechtigte (51 Prozent) äußert sich zufrieden darüber, wie die Demokratie in der Bundesrepublik alles in allem funktioniert, fast ebenso viele (48 Prozent) sind unzufrieden mit deren Umsetzung in der politischen Praxis - ein Anstieg gegenüber September 1998 um sieben Prozentpunkte.



Mehrheit gegen eine Tabuisierung des Amtes des Bundespräsidenten

In einer derart kritischen Situation für Staat und Gesellschaft sehen viele den Bundespräsidenten gefordert, der qua Amt über den Parteien steht. Längst hat aber die Krise auch Johannes Rau erreicht, der sich im Zusammenhang mit der Flugaffäre in NRW mit immer neuen Vorwürfen aus seiner Zeit als Ministerpräsident konfrontiert sieht. Die SPD und auch Spitzenpolitiker der Union haben sich gegen eine Fortsetzung der Ermittlungen in bezug auf Rau ausgesprochen, weil man dadurch eine Beschädigung des höchsten Amtes in der Bundesrepublik befürchtet. Die Mehrheit der Bevölkerung teilt diese Befürchtungen nicht: 71 Prozent sprechen sich für die Fortführung der Ermittlungen aus, nur 25 Prozent sind dagegen. Der politische Standort der Befragten spielt dabei offenbar kaum eine Rolle: in allen Parteilagern spricht sich eine klare Mehrheit gegen eine Tabuisierung des Amtes des Bundespräsidenten gegenüber weiteren Ermittlungen aus.



Dies ist kein Mißtrauensvotum gegen die Person Rau, denn eine Mehrheit von 53 Prozent der Deutschen ist mit seiner Amtsführung zufrieden und eine Mehrheit von 55 Prozent – auch dies ein Ergebnis einer aktuellen ARD-Umfrage - hat ungeachtet der gegen Rau erhobenen Vorwürfe nach wie vor Vertrauen in den Bundespräsidenten.